



GERICHTSHOF  
DER EUROPÄISCHEN UNION

# DER GERICHTSHOF UND DIE RECHTE DER VERBRAUCHER



---

## EINFÜHRUNG

Seit 1952 sorgt der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) dafür, dass das Unionsrecht in den Mitgliedstaaten beachtet und richtig angewandt wird. Im Lauf der Jahre hat er Urteile erlassen, die die europäische Integration gestärkt und den Bürgern, insbesondere den Verbrauchern, immer weiter reichende Rechte zugesprochen haben. Auf den folgenden Seiten werden einige wichtige Urteile des Gerichtshofs nach Themen gegliedert dargestellt.

Der Gerichtshof hat die Rechte, um die es in den in dieser Broschüre dargestellten Rechtssachen geht, nicht selbst geschaffen, sondern sie durch Auslegung der Unionsverordnungen oder -richtlinien abgeleitet oder präzisiert.



---

## LEBENSMITTEL UND GETRÄNKE



**Die Ernährung ist heute ein zentrales Anliegen der Verbraucher. Sie wollen korrekt über die Lebensmittel und Getränke, die sie kaufen, informiert werden und legen immer mehr Wert auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung.**





---

## LEBENSMITTEL UND GETRÄNKE



## Angaben auf Verpackungen

2015 wies der Gerichtshof darauf hin, dass die Verbraucher über korrekte, neutrale und objektive Informationen verfügen müssen. Lässt also die Verpackung eines Erzeugnisses den Eindruck entstehen, dass eine Zutat enthalten ist, die tatsächlich nicht enthalten ist, kann der Käufer in die Irre geführt werden, auch wenn das Verzeichnis der Zutaten richtig ist. Dies war bei einem Früchtetee der Fall, dessen Verpackung Abbildungen von Himbeeren und Vanilleblüten aufwies, obwohl der Tee keine natürliche Zutat dieser Früchte enthielt ([Urteil vom 4. Juni 2015, Teekanne, C-195/14](#)).

Bei Mineralwasserflaschen muss der auf der Verpackung angegebene Natriumgehalt der Gesamtmenge an Natrium in allen seinen Formen entsprechen (Tafelsalz und Natriumbicarbonat). Der Verbraucher könnte nämlich irregeführt werden, wenn ein Wasser als kochsalzarm dargestellt wird, obwohl es reich an Natriumbicarbonat ist ([Urteil vom 17. Dezember 2015, Neptune Distribution, C-157/14](#)).



---

## LEBENSMITTEL UND GETRÄNKE

## Gesundheitsangaben und Bezeichnungen

Der Gerichtshof stellte 2017 fest, dass die Verwendung bestimmter Gesundheitsangaben zur Vermarktung von Glucose, wie z. B. „Glucose trägt zu einem normalen Energiestoffwechsel bei“ oder „Glucose unterstützt die normale körperliche Betätigung“, von der Kommission zu Recht nicht zugelassen wurde. Denn diese Angaben rufen zum Verzehr von Zucker auf, obwohl dies den allgemein anerkannten Ernährungs- und Gesundheitsgrundsätzen zuwiderläuft ([Urteil vom 8. Juni 2017, Dextro Energy/Kommission, C-296/16 P](#)).

Ferner dürfen rein pflanzliche Produkte grundsätzlich nicht unter Bezeichnungen wie „Milch“, „Rahm“, „Butter“, „Käse“ oder „Joghurt“ vermarktet werden, die Produkten im Wesentlichen tierischen Ursprungs vorbehalten sind. Daher darf ein Unternehmen nicht die Bezeichnungen „Sojamilch“, „Tofubutter“ oder „Veggie-Cheese“ verwenden, wobei die Unionsregelung allerdings bestimmte Ausnahmen vorsieht, wie z. B. für „crème de riz“ ([Urteil vom 14. Juni 2017, TofuTown.com, C-422/16](#)).





---

**UNLAUTERE GESCHÄFTSPRAKTIKEN**

**Das Unionsrecht verbietet unlautere, irreführende und aggressive Geschäftspraktiken, die das wirtschaftliche Verhalten der Verbraucher beeinflussen können. Auf diesem Gebiet gibt es eine umfangreiche Rechtsprechung des Gerichtshofs, aus der hier einige Beispiele angeführt werden.**



---

## **UNLAUTERE GESCHÄFTSPRAKTIKEN**

## Kopplungsangebote

Die Mitgliedstaaten dürfen Kopplungsangebote eines Verkäufers gegenüber einem Verbraucher (wie z. B. das Angebot einer Tankstelle von drei Wochen gratis Pannenhilfe pro Tankfüllung von mindestens 25 l) nicht uneingeschränkt verbieten. Denn Kopplungsangebote sind nicht unter allen Umständen als unlautere Geschäftspraktiken anzusehen ([Urteil vom 23. April 2009, VTB-VAB und Galatea, C-261/07 und C-299/07](#)).

Ein Kopplungsangebot, das im Verkauf eines Computers mit vorinstallierter Software besteht, stellt an sich keine unlautere Geschäftspraxis dar. Zudem ist das Fehlen einer Preisangabe für die einzelnen vorinstallierten Programme nicht als irreführende Geschäftspraxis anzusehen, da der Preis der einzelnen Programme keine wesentliche Information für den Verbraucher darstellt ([Urteil vom 7. September 2016, Deroo-Blanquart, C-310/15](#)).



---

## **UNLAUTERE GESCHÄFTSPRAKTIKEN**



## Aggressive und irreführende Geschäftspraktiken

Verboten sind aggressive Praktiken von Gewerbetreibenden, mit denen dem Verbraucher der fälschliche Eindruck vermittelt wird, er habe einen Preis gewonnen, obwohl ihm bestimmte Kosten entstehen, wenn er ihn tatsächlich entgegennehmen will. Dies ist insbesondere bei Werbesendungen der Fall, die beim Empfänger den Eindruck wecken, er habe eine Kreuzfahrt gewonnen, obwohl er, um diesen Preis zu erhalten, die Versicherung, einen Zuschlag für eine Kabine, Verpflegungskosten und Hafengebühren während der Kreuzfahrt zahlen muss ([Urteil vom 18. Oktober 2012, Purely Creative, C-428/11](#)).

Auch gesetzliche Krankenkassen können unlautere Geschäftspraktiken verfolgen. So liegt eine irreführende Geschäftspraxis vor, wenn eine Krankenkasse gegenüber ihren Mitgliedern angibt, dass ihnen bei einem Wechsel zu einer anderen Krankenkasse finanzielle Nachteile drohen ([Urteil vom 3. Oktober 2013, Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs, C-59/12](#)).

Schließlich dürfen die Kosten eines Anrufs unter einer Kundendiensttelefonnummer nicht höher sein als die Kosten eines gewöhnlichen Anrufs, da sonst eine unlautere Geschäftspraxis vorliegt ([Urteil vom 2. März 2017, Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main, C-568/15](#)



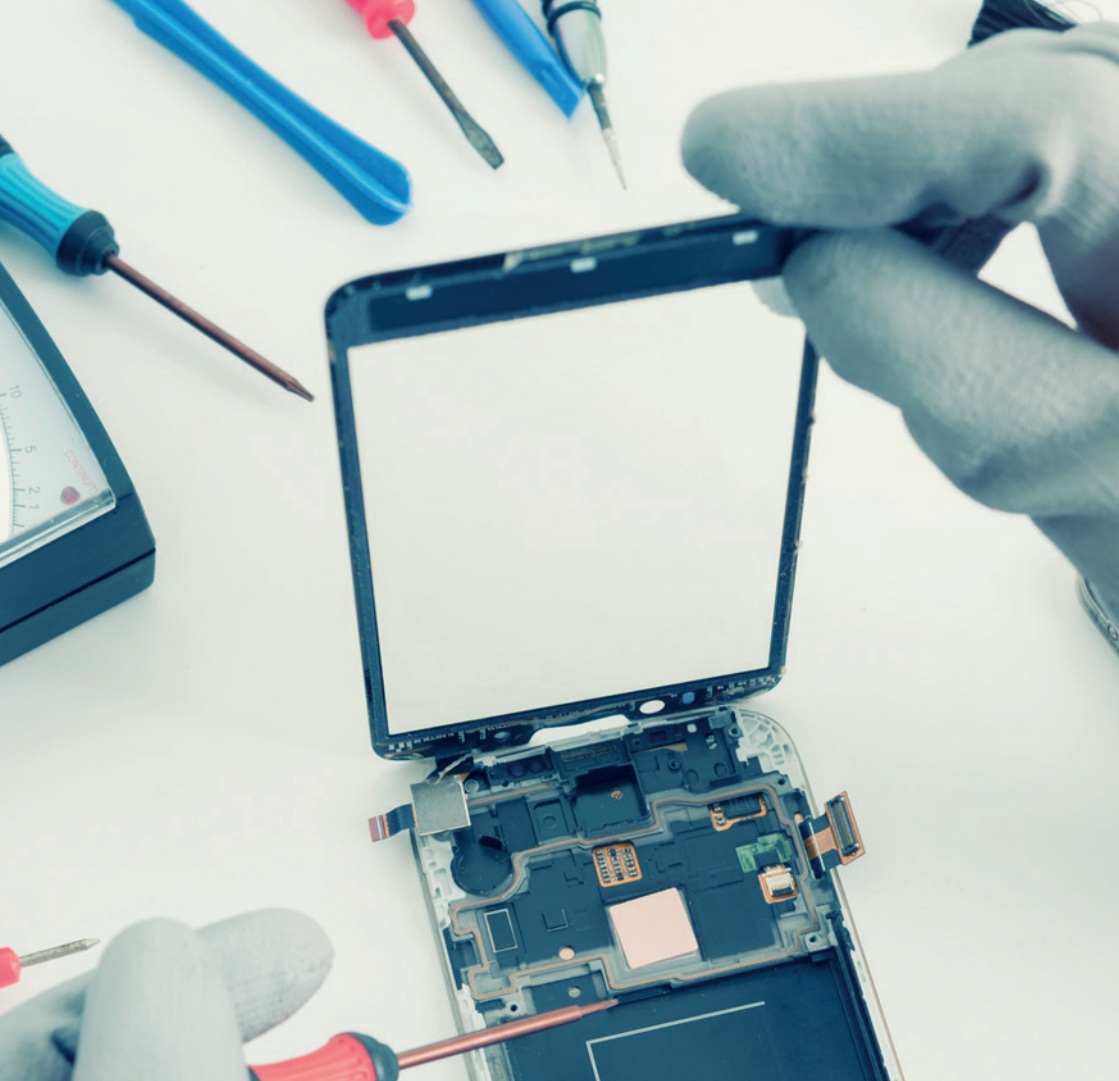
---

**VERSANDHANDEL**

**Im Zuge der Digitalisierung sind Versandhandelskäufe zu einem alltäglichen Geschäft geworden. Der Gerichtshof hat wiederholt erläutert, welche Rechte die Verbraucher im Rahmen solcher Kaufverträge haben.**

Die Kosten für die Zusendung der Waren dürfen nicht dem Verbraucher auferlegt werden, wenn er von seinem Widerrufsrecht (das innerhalb einer Frist von mindestens sieben Werktagen nach dem Tag des Kaufs ausgeübt werden muss) Gebrauch macht. Die Kosten für die Rücksendung dürfen ihm dagegen auferlegt werden ([Urteil vom 15. April 2010, Heinrich Heine, C-511/08](#)).

Ferner ist der Verbraucher, der sein Widerrufsrecht ausübt, nicht verpflichtet, dem Verkäufer Wertersatz für die Nutzung der Ware zu leisten, es sei denn, er hat die Ware auf unangemessene Weise genutzt. Denn die Wirksamkeit des Rechts auf Widerruf würde beeinträchtigt, wenn der Verbraucher allein deshalb Wertersatz zahlen müsste, weil er die im Versandhandel gekaufte Ware geprüft und ausprobiert hat ([Urteil vom 3. September 2009, Pia Messner, C-489/07](#)).



---

**MANGELHAFTE ERZEUGNISSE**

## **Der Gerichtshof hat auch erläutert, welche Rechte die Verbraucher haben, wenn das ihnen gelieferte Erzeugnis vertragswidrig ist.**

2015 wies der Gerichtshof darauf hin, dass bei Vertragswidrigkeiten, die binnen sechs Monaten nach der Lieferung des Gutes offenbar werden, vermutet wird, dass sie bereits zum Zeitpunkt der Lieferung bestanden. Daher muss der Verbraucher zwar beweisen, dass die Vertragswidrigkeit vorliegt und binnen der Frist von sechs Monaten aufgetreten ist, nicht aber, warum sie aufgetreten ist oder dass sie dem Verkäufer zurechenbar ist ([Urteil vom 4. Juni 2015, Froukje Faber, C-497/13](#)).

Im Fall einer Ersatzlieferung muss der Verbraucher dem Verkäufer keinen Wertersatz für die Nutzung des mangelhaften Erzeugnisses leisten ([Urteil vom 17. April 2008, Quelle, C-404/06](#)). Der Verkäufer ist außerdem verpflichtet, das mangelhafte Erzeugnis auszubauen und das Ersatzprodukt einzubauen oder die entsprechenden Kosten zu tragen ([Urteil vom 16. Juni 2011, Gebr. Weber und Putz, C-65/09 und C-87/09](#)).

Schließlich können bei fehlendem wissenschaftlichem Konsens der Fehler eines Impfstoffs und der ursächliche Zusammenhang zwischen diesem Fehler und einer Krankheit durch ein Bündel ernsthafter, klarer und übereinstimmender Indizien, wie die zeitliche Nähe zwischen der Verabreichung des Impfstoffs und dem Auftreten der Krankheit, fehlende Vorerkrankungen bei der geimpften Person selbst und in ihrer Familie sowie das Vorliegen einer bedeutenden Anzahl erfasster Fälle, bewiesen werden ([Urteil vom 21. Juni 2017, W u. a., C-621/15](#)).





---

## VERSICHERUNGSVERTRÄGE

**Versicherungsverträge sind heute unumgänglich geworden. Auch in diesem Zusammenhang hatte der Gerichtshof die entsprechenden Vorschriften zu präzisieren.**

Der Gerichtshof entschied 2011, dass es diskriminierend ist, in Versicherungsverträgen das Geschlecht des Versicherten als Risikofaktor zu berücksichtigen. Deshalb gelten in der Union seit dem 21. Dezember 2012 geschlechtsneutrale Prämien und Leistungen ([Urteil vom 1. März 2011, Association belge des consommateurs Test-Achats u. a., C-236/09](#)).

Ein Versicherungsvertrag muss ferner die Funktionsweise der Versicherung transparent, genau und nachvollziehbar darstellen, damit der Verbraucher die wirtschaftlichen Folgen einschätzen kann ([Urteil vom 23. April 2015, Jean-Claude Van Hove, C-96/14](#)).

Schließlich dürfen Vermittler von Flugreisen beim Online-Verkauf von Flugscheinen nicht als Voreinstellung eine Reiserücktrittsversicherung vorsehen. Denn eine solche Versicherung ist eine fakultative Zusatzleistung, die zu Beginn des Buchungsvorgangs klar mitgeteilt werden und vom Kunden auf „Opt-in“-Basis gewählt werden muss ([Urteil vom 19. Juli 2012, ebooker.com Deutschland, C-112/11](#)).



---

## HAUSTÜRGESCHÄFTE

**Das Unionsrecht schützt auch die Rechte von Verbrauchern, die im Rahmen von Haustürgeschäften Verträge abschließen. Der Gerichtshof hat sich auf diesem Gebiet bereits mit mehreren Fällen befasst, in denen es insbesondere um das Recht des Verbrauchers geht, den Vertrag innerhalb von sieben Tagen nach Vertragsschluss zu widerrufen.**

Ein Verbraucher, der im Rahmen eines Haustürgeschäfts einen Kreditvertrag abgeschlossen hat, verliert sein Widerrufsrecht nicht, wenn er über dieses Recht nicht belehrt wurde. Daher kann ein Verbraucher, der nach fünf Jahren von seinem Widerrufsrecht erfährt, aber bei Vertragsschluss von der Bank nicht darüber belehrt wurde, dieses Recht noch ausüben ([Urteil vom 13. Dezember 2001, Heininger, C-481/99](#)).

In diesem Sinne muss eine Bank, wenn sie den Verbraucher nicht über sein Recht, den im Rahmen eines Haustürgeschäfts abgeschlossenen Kreditvertrag zu widerrufen, belehrt hat, die mit dem betreffenden Finanzierungsmodell verbundenen Risiken tragen ([Urteil vom 25. Oktober 2005, Schulte, C-350/03 und C-229/04](#)).



---

## **MISSBRÄUCLICHE KLAUSELN**



**Eine Unionsrichtlinie sieht vor, dass die Verbraucher durch missbräuchliche Klauseln in einem Vertrag, der mit einem Gewerbetreibenden geschlossen wird, nicht gebunden sind. Der Gerichtshof, der mit zahlreichen Rechtsstreitigkeiten auf diesem Gebiet befasst wurde, hat die Tragweite der Bestimmungen dieser Richtlinie präzisiert.**

Der Gerichtshof stellte zunächst fest, dass das nationale Gericht von Amts wegen prüfen muss, ob eine Vertragsklausel möglicherweise missbräuchlich ist. Diese Vorgabe gilt auch im Konkursverfahren. Das Gericht darf aber die Klausel nicht inhaltlich abändern, sondern muss sie lediglich unangewendet lassen ([Urteile vom 4. Juni 2009, Pannon GSM, C-243/08](#), [vom 21. April 2016, Radlinger und Radlingerová, C-377/14](#), und [vom 14. Juni 2012, Banco Español de Crédito, C-618/10](#)).

Außerdem ist es nicht möglich, die Wirkungen der Nichtigkeit von Mindestzinssatzklauseln, die in mit Verbrauchern geschlossenen Hypothekendarlehensverträgen enthalten sind, zeitlich zu beschränken ([Urteil vom 21. Dezember 2016, Gutiérrez Naranjo, C-154/15, C-307/15 und C-308/15](#)). Vergibt ein Kreditinstitut einen Kredit, der auf eine Fremdwährung lautet, muss es dem Kreditnehmer Informationen zur Verfügung stellen, die ausreichen, um ihn in die Lage zu versetzen, eine umsichtige und besonnene Entscheidung zu treffen ([Urteil vom 20. September 2017, Andriuc u. a., C-186/16](#)).





GERICHTSHOF  
DER EUROPÄISCHEN UNION

---

Direktion Kommunikation  
Referat Publikationen und elektronische Medien

Juni 2018

